

Fachkonferenz der FES:
Herausforderungen an einen inklusiven Arbeitsmarkt
17. Juni 2015, 13.00 Uhr in Berlin

**Zusammenfassung der Ergebnisse und Diskussionen der Arbeitsgruppe 1:
„Von der Schule in den Beruf – Wie können wir Übergänge gestalten?“**

Moderation: Waltraud Wolff, MdB

Impulsreferate: Achim Ciolek, Hamburger Arbeitsassistenz gGmbH
Michael Schneider, LWL-Integrationsamt Westfalen, Münster

Themenpatin: Kirsten Vollmer, Bundesinstitut für Berufsbildung

Impuls 1

Michael Schneider, LWL-Integrationsamt Westfalen Münster

Vorstellung von STAR als Element des NRW-Projektes KAOA (Kein Abschluss ohne Anschluss)

Kernaussagen:

- systematische und betriebsnahe Berufsorientierung
- individuelle Praktika (mehrere: „Man muss auch scheitern dürfen“)

Ziel:

- flächendeckende Berufsorientierung (BO) durchgängig in den letzten drei Schuljahren
- ≈ 3.000 pro Jahrgang
- BO-Prozess in Module zerlegt, z.B. Elternseminare (Eltern = wichtiger Akteur)
-

Ergebnisse: Übergangsquote steigt

Forderungen

- BO als klar definierte Regelaufgabe der Integrationsämter verankern, da bisher im Rahmen der (befristeten) 1. Säule der BMAS-Initiative Inklusion
- Anschlussfinanzierung dringend, da sonst aufgebaute Strukturen abbrechen
- bundesrechtliche Regelung finden für Fördermöglichkeit (Problematik der unterschiedlichen Begrifflichkeiten und Rechtskreise sonderpädagogischer Förderbedarf/Schwerbehindertenstatus)

Impuls 2

Achim Ciolek, Hamburger Arbeitsassistenz

- historische Entwicklung zu berücksichtigen: Entwicklung eines Rechtsanspruchs auf Förderung war grundsätzlich nötig
- Persönliches Budget wichtig für Zielgruppe (Bundesagentur für Arbeit zieht sich aus Zielgruppe zurück)
- „Werkstattbedürftigkeit“ begrifflich problematisch
- Verstetigung wichtig
- Unterstützte Beschäftigung „hat Schublade wieder aufgemacht“, ist leider nur auf „Grenzbereich“ bezogen, Ausweitung des Personenkreises notwendig

Beide Impulsstatements

- Kostenfaktor
- verschiedene Praktika müssen möglich sein

- Erreichen der Personen in Regelschulen schwieriger (als bisher in Förderschulen), da größere Verteilung/“Streuung“

Diskussion

Zentrale Punkte:

- Statistiken fehlen („über wen spricht man eigentlich?“)
- SGB IX muss endlich Leistungsgesetz werden
- praktikable Fördermöglichkeiten wichtig
- Begleitung muss durchgängig sein, darf nicht abbrechen in Firmen/Betrieben
- verlässliche Begleiter/-innen/Ansprechpartner/-innen wichtig
- Betroffenenperspektive: Akzeptanz der eigenen Behinderung, offener Umgang damit wichtig und wichtiger als Grad der Behinderung, selbstkritisch-selbstbewusste Stärken-Schwächen-Analyse vornehmen
- regional aufgebaute Kooperationen mit Schulen erhalten
- es existiert kein berufsbezogener Behinderungsbegriff → Rechtsgrundlage nötig, Lücke, z.B. lernbehinderte Personen ohne Schwerbehindertenstatus berücksichtigen, Etikettierungs-Ressourcen-Dilemma
- Unterstützte Beschäftigung = guter Ansatz, warum wird sie so wenig abgerufen?
Kritik: Bundesagentur für Arbeit schöpft Förderzeitraum selten aus Ausschreibungspraxis/Ausschreibungsaufwand hinderlich
Losgröße/Vergaberecht problematisch
Unterstützte Beschäftigung muss auch nach Jahren der Werkstattzugehörigkeit noch möglich sein
→ einflechten in Strukturen
- lebenslanges Lernen auch für behinderte Menschen
- Arbeitgeber/-innen suchen Bewerber/-innen – wo sind sie?
Berufsbilder anpassen,
Fachpraktiker/-innen-Berufe einsetzen,
Assistenzberufe öffnen
- Fehlzeitenproblematik in Schule (insbesondere psychische Beeinträchtigungen)
- Personenkreis chronisch kranke Menschen = Lücke
- Schwerstmehrfachbehinderte Menschen fehlen in Inklusionsdiskussion, nicht im Fokus, nicht mal Praktikumsplätze

Schlusswort Waltraud Wolff, Mitglied des Deutschen Bundestages:

- neue Definition des Behinderungsbegriffs mit Bundesteilhabegesetz angekündigt
- Wunsch- und Wahlrecht wichtig
- Plädoyer für Nebeneinander verschiedener Wege